

Universität Bern SS 03
Institut für Politikwissenschaft
Seminar: Parteien im Wandel - Lokalparteien
Prof. Dr. Andreas Ladner

Die Mitgliederzahl in den Schweizer Lokalparteien
Ein Vergleich zwischen 1990 und 2002

Seminararbeit eingereicht von:

Flavia Wasserfallen
00 112 466

und

Nicolas Haesler
00 106 252

August 2003

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Theorie und Datenbasis.....	4
2.1 Die neuen Parteitypen.....	4
2.2 Die Entwicklung der Parteien in der Schweiz.....	5
2.3 Das Datenmaterial	6
3. Das Konzept der formalen Mitgliedschaft	8
4. Mitgliederzahlen in den Schweizer Lokalparteien.....	13
5. Fazit.....	19
6. Literaturverzeichnis	21
7. Abkürzungsverzeichnis.....	22

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: „Kennt ihre Partei eine formelle Mitgliedschaft?“</i>	<i>10</i>
<i>Tabelle 2: Formale Mitgliedschaft aufgeschlüsselt nach Parteien</i>	<i>11</i>
<i>Tabelle 3: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder in den 7 untersuchten Parteien</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 4: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder aufgeschlüsselt nach Parteien</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 5: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder aufgeschlüsselt nach grossen und kleinen Parteien.....</i>	<i>16</i>
<i>Tabelle 6: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder aufgeschlüsselt nach bürgerlichen und linken Parteien</i>	<i>17</i>

1. Einleitung

Das Schweizer Parteiensystem befindet sich im Wandel. Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, neue Phänomene wie das e-Government¹ und Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen den vier Bundesratsparteien seit dem Erstarren der SVP, stellen die Parteien seit den 90er Jahren vor existenzielle Probleme. Einerseits entsteht von aussen Druck auf die bestehenden Parteien durch starke Interessenverbände, soziale Bewegungen und die Entstehung neuer Parteien (Ladner 2001: 15), andererseits sehen sich die Parteien mit dem anhaltenden Verlust ihrer Mitgliederbasis und den daraus resultierenden Problemen konfrontiert. Es drängt sich die Frage auf, wie die Schweizer Parteien diesen Verlust kompensieren. Wenden sich die Parteien von ihrer traditionellen Mitgliederbasis ab und wandeln sich zu professionell organisierten Wählerorganisationen wie sie Panebianco (1988) beschreibt?

In diese Richtung stossen auch Katz/Mair (1995) mit ihrem neuen Parteientyp, der *cartel party*. In ihrer Theorie wie auch in jener Panebiancos kommt zum Ausdruck, dass die Mitglieder für die Parteien zunehmend an Bedeutung verlieren.

In der vorliegenden Arbeit untersuchen wir, inwieweit man davon ausgehen kann, dass sich die Schweizer Parteien zu Wählerorganisationen wandeln. Dabei beschränken wir uns auf zwei wichtige Indikatoren: das Mitgliederprinzip und die Mitgliederzahlen. Wir hatten die Möglichkeit umfassende Daten aus zwei Erhebungen über die Schweizer Lokalparteien, die 1990 und 2002 durchgeführt wurden, auszuwerten.

Wir gehen davon aus, dass die Parteien von einer klaren Mitgliederdefinition wegkommen. Ausserdem vermuten wir, dass nicht alle Parteien gleich stark vom Mitgliederschwund betroffen sind. „Etwas besser als die Regierungsparteien leben offenbar die kleineren Parteien, die nicht an der Macht beteiligt sind.“, schreibt das Langenthaler Tagblatt über die Mitgliedersituation der Parteien im Kanton Bern (Utz 2003). „Die EVP jedenfalls meldete vergangene Woche einen Zuwachs (...). Zwar nicht von einem grösseren Zuwachs, aber mindestens von stabilen Mitgliederzahlen berichten das Grüne Bündnis (GB) und die Grüne Freie Liste (GFL).“ Für uns war es nun interessant zu untersuchen, ob diese Feststellung für die kleinen Parteien im Kanton Bern gesamtschweizerisch betrachtet auch zutrifft.

¹ Vgl. dazu den Zeitungsartikel aus „der Bund“, „Parteien verlieren Einfluss“ über neue Möglichkeiten und Grenzen des e-Government (Sahli 2003).

Sind die kleinen Parteien erfolgreicher in der Mitgliederwerbung? Wirkt sich für sie die Tatsache begünstigend aus, dass sie weniger in die Exekutive eingebunden sind und somit weniger Angriffsfläche für negative Kritik in den Medien bieten? Auf diese Fragen wollen wir Antworten finden.

Unsere Arbeit ist wie folgt aufgebaut:

In einem einführenden Kapitel werden kurz die in der Theorie dominantesten neuen Parteitypen vorgestellt. Parallel dazu wird die Entwicklung der Parteitypen für die Schweiz beleuchtet und der Mitgliederschwund bei den Parteien thematisiert. Zudem präsentieren wir den Untersuchungsgegenstand und Informationen zu unserem Datenmaterial.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit dem Konzept der formalen Mitgliedschaft und den damit verbundenen Fragen nach unterschiedlicher Mitgliederdefinition und Rekrutierung. Mit den Ergebnissen aus der Empirie zeigen wir Tendenzen der Formalisierung der Mitgliedschaft auf.

Im dritten Teil gehen wir der Frage nach, was für eine Rolle den Mitgliedern in Zukunft für die Parteien zukommt: Vorteil oder Störfaktor? Wir betrachten den Verlauf der Mitgliederzahlen der Schweizer Lokalparteien in den letzten zwölf Jahren. Es erfolgt dabei eine Aufschlüsselung der Parteien in verschiedene Kategorien.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse und deren Interpretationen im Hinblick auf Fragestellung und Theorie bildet den Inhalt des letzten Kapitels. Hier nutzen wir schliesslich auch die Gelegenheit um auf mehrere Überlegungen und Probleme aufmerksam zu machen, die sich im Laufe unserer Arbeit angesammelt haben und die es nicht zu vernachlässigen gilt.

2. Theorie und Datenbasis

2.1 Die neuen Parteitypen

In der Theorie ist man sich weitgehend einig, dass die Parteien seit ihrer Entstehung Ende des 19. Jahrhunderts verschiedene Entwicklungsstadien durchlaufen haben (Neumann 1956, Duverger 1959, Epstein 1967). Bis etwa 1920 waren die Parteien vorwiegend Kader- oder Eliteparteien. Erst mit der Konsolidierung der westlichen Demokratien entstanden die eigentlichen Massen-Mitgliederparteien.

In seinem Aufsatz über den Wandel des westeuropäischen Parteiensystems stellt Kirchheimer (1965) einen dritten Parteityp vor, die *catch-all party*. Im Wesentlichen wendet sich die Partei seit den 60er Jahren - um im entstehenden Parteienwettbewerb bestehen zu können - von ihrer traditionellen und homogenen Mitgliederbasis ab und orientiert sich in stärkerer Masse an der Wählerschaft (ebda: 27). Durch die Modernisierung ab Ende der 50er Jahre lösen sich soziale Milieus auf, es entsteht eine neue Mittelstandsgesellschaft. Vor allem klassische linke Massenparteien sehen sich dadurch mit dem Schwinden ihrer Mitgliederbasis konfrontiert. Die neuen Allerweltparteien unterscheiden sich in ihren Parteiprogrammen kaum noch wesentlich voneinander, weil sie sich gegen die Mitte bewegen, um die Medianwähler zu erreichen. Diese Entwicklung führt zu einem Zweiparteiensystem nach US-amerikanischen Muster.

Gestützt auf Kirchheimer schlägt Panebianco (1988) den Begriff *professional-electoral party* vor, um zusätzlich die Organisationsstruktur der Parteien zu betonen. Die professional-electoral party ist das Ergebnis der Modernisierung, eines höheren Bildungsniveaus und einer neu entstandenen Mittelstandsgesellschaft (ebda: 273). Die electoral party zeichnet sich durch einen hohen Professionalisierungsgrad und einer schwachen Bindung mit den Mitgliedern aus. Finanziert wird sie von Interessengruppen und durch öffentliche Gelder. Für Panebianco stellt dieser neue Parteitypus ein zeitlich limitiertes Phänomen dar (ebda: 264ff.).

Katz/Mair (1995) fügen ab den 70er Jahren mit der cartel party einen weiteren Parteityp an. Da sich cartel parties hauptsächlich durch staatliche Subventionen finanzieren, werden sie zu einem Teil des Staates. Mitglieder dienen der Partei nur noch als Legitimation für ihr Bestehen und besitzen weder Rechte noch Pflichten. Es besteht kein Unterschied mehr zwischen Mitglied und Nicht-Mitglied. Eine klare

Definition von Mitgliedschaft wird obsolet, da die Bedeutung und die Funktionen von Mitgliedern, Sympathisanten und Wählerinnen verwässert werden und ineinander übergehen (Katz/Mair 1995: 24).

2.2 Die Entwicklung der Parteien in der Schweiz

Die Grundzüge der genannten Theorien können wir für unsere Untersuchungen übernehmen. Zugleich müssen wir jedoch - auf das Schweizer Parteiensystem bezogen - einige Punkte relativieren. Es soll hier nur kurz auf einige Eigenheiten des Schweizer Parteiensystems hingewiesen werden, welche einzelne Entwicklungen bremsen können: Die Direkte Demokratie, das Konkordanzsystem, der Föderalismus und das Milizsystem (Ladner 2001: 36ff.).

Die Voraussage von Kirchheimer eines Zweiparteiensystems ist für die Schweiz nicht eingetroffen. Ob wir in Zukunft auf ein bipolares System mit einer starken Linken auf der einen und einer starken bürgerlichen Partei auf der anderen Seite zusteuern, bleibt trotz dem Erstarren der SVP und der SP ungewiss. Auch kennen wir keine staatliche Parteiensubventionierung, wie sie die cartel party voraussetzt und in unserem europäischen Umfeld üblich ist. Anstrengungen in diese Richtung sind in der Vergangenheit in Referenden verschiedentlich abgelehnt worden (Linder 1999: 104). Es ist anzunehmen, dass sich dieser Umstand in absehbarer Zeit nicht ändern wird.

Die neuen Parteitypen setzen einen hohen Professionalisierungsgrad voraus. Ein solcher Trend hat sich nach Ladner (2001: 222) vor allem in den 1990er Jahren vollzogen und stagniert heute wieder.

Von Interesse für unsere Untersuchung ist die von Katz/Mair postulierte Mitgliederdefinition, respektive das Verschwinden des Mitgliederstatus. Der nationale Trend des Mitgliederrückgangs könnte auf die Abnahme der Bedeutung von Mitgliedern für die Parteien zurückgeführt werden. Die Studie über die Schweizer Lokalparteien (Geser et al. 1994), die Analyse der Kantonalparteien durch Ladner und Brändle (2001) und die ersten Resultate der neusten Erhebung der Lokalparteien von 2002 haben den Mitgliederrückgang bestätigt. Durch die

Veröffentlichungen dieser Studien ist eine Sensibilisierung der Medien und Parteioxponenten zu dieser Problematik erfolgt.

Am 4. Januar 2003 erschien in der Berner Zeitung ein Artikel zum Thema über den Mitgliederschwund der Regierungsparteien im Kanton Bern (Widmer 2003). Die Mitgliederzahlen der drei Kantonalparteien (FDP, SVP, SP) sind in den letzten zehn Jahren zwischen 21 und 24 Prozent zurückgegangen. Zu dieser eklatanten, aber nicht sonderlich überraschenden Feststellung wurden, nebst Andreas Ladner, die jeweiligen Parteipräsidenten befragt²: Wo sehen die Präsidenten und die Präsidentin die Gründe für diesen Rückgang und was unternehmen die einzelnen Parteien, um diese Entwicklung aufzuhalten?

Die Antworten fielen mehrheitlich ähnlich aus. Den Hauptgrund für den Mitgliederschwund sehen die Präsidenten im gesellschaftlichen Wandel hin zu individuelleren Lebensformen. Salopp formuliert sterben den Parteien die Mitglieder aus, da sie im Gegenzug zu wenig Neueintritte verbuchen können (vgl. Geser 2003). Um dieser Tendenz entgegenzuhalten - da Mitglieder als Geldgeber und Rekrutierungsfeld immer noch den wichtigsten Bestandteil der Parteien bilden - stellen die Präsidenten die Arbeit an der Basis in den Lokalsektionen in den Vordergrund. Kurse zu erfolgreicher Mitgliederwerbung, Gründungen von neuen Sektionen und profilierte Parteiprogramme heissen die Rezepte, welche neue Mitglieder zum Eintritt in eine Partei bewegen sollen. Ob diese Methoden auch wirksam sind und den Trend stoppen können, werden wir im Folgenden noch sehen.

2.3 Das Datenmaterial

Für die Schweizer Parteien sind ihre Lokalsektionen von wichtiger Bedeutung (Geser et al. 1994: 18ff.). Der Eintritt in eine Partei verläuft mit wenigen Ausnahmen über eine Ortssektion. Die Kandidatenauslese auf kommunaler Ebene stellt im Normalfall den ersten Tritt auf der Karriereleiter einer Mandatsträgerin dar. Die Lokalparteien führen für ihre nationale Parteien zukunftsweisende Rekrutierungs- und Sozialisationsaufgaben durch. Deshalb ist es unerlässlich in die Basis der Parteien –

² Nebst den Präsidenten (FDP: Rolf Portmann, SVP: Hermann Weyeneth, SP: Ruedi Käser), die im Artikel interviewt wurden, haben wir zusätzlich die aktuelle Parteipräsidentin der SP Irène Marti Anliker und Hermann Weyeneth befragt. Die oben genannten Antworten stammen zum Teil aus dem Zeitungsartikel, teils aus dem persönlichen Gespräch.

die Lokalparteien – hineinzuschauen, um die Entwicklung des Schweizer Parteiensystems zu erforschen.

Aus diesen Gründen und aus Mangel an vergleichbaren Studien, haben Geser et al. 1989 eine quantitative, empirische Analyse der Lokalparteien initiiert und durchgeführt.³ Nach verschiedenen Vorerhebungen bei den Kantonalparteien und Gemeindeverwaltungen konnten über 5000 Adressen von Lokalparteien eruiert werden. Ein umfangreicher Fragebogen wurde an den Präsidenten oder die Präsidentin der jeweiligen Gruppierung versandt. Diese hatten u. a. Fragen zu Umfang und Struktur ihrer Parteianhängerschaft, der politischen Orientierung oder den Finanzen ihrer Ortspartei zu beantworten.⁴

Die Rücklaufquote für diese Befragung betrug in etwa 50 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt, konnten 1990 2'638 Fragebogen ausgewertet werden.

Die gleiche Befragung wurde zwölf Jahre später mit ähnlicher Rücklaufquote ein zweites Mal durchgeführt. Diesmal betrug die absolute Zahl der brauchbaren Fragebogen 2580.

Die Zahlen zum Mitgliederprinzip haben wir diesen beiden grossen Datensätzen entnommen. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen haben wir jedoch anhand eines Paneldatensatzes errechnet. Die Panelstudie beinhaltet Daten jener gut 1000 Parteien, die an beiden Erhebungen teilgenommen haben. Dieser Querschnittvergleich hat es uns ermöglicht, eine direktere und exaktere Berechnung der Mitgliederzahlen durchzuführen.

Für die Berechnungen haben wir die Antworten aus den Fragebogen zu der Frage 13 (1990) und 15 (2002) ausgewertet. In beiden Erhebungsjahren entfallen fast 70 Prozent der Lokalsektionen auf die vier Bundesratsparteien. Zählt man noch die drei grössten Kleinparteien dazu (EVP, LPS und Grüne) erhöht sich die Zahl auf über 85 Prozent. Wir haben uns für die Untersuchung auf diese sieben Parteien beschränkt, wobei wir für die Grünen das Grüne Bündnis (GB) und die Grüne Partei der Schweiz (GPS) zusammengenommen haben.

³ Nähere Angaben über das Forschungsprojekt finden sich auf www.socio.ch/par.

⁴ Vgl. dazu den gesamten Fragebogen in Geser et al. (1994: 404ff.). Der Fragebogen für die Erhebung von 2002 wurde nur mit kleinen Abänderungen versehen und stellt sich im Wesentlichen gleich dar. Beide Fragebogen können auch auf der Internetseite über das Forschungsprojekt eingesehen werden.

3. Das Konzept der formalen Mitgliedschaft

Anders als Gewerkschaften und Verbände, welche klare Definitionen für eine Mitgliedschaft kennen, ist bei den meisten politischen Parteien die Mitgliedschaft nicht genau definiert: Längst nicht alle Parteien kennen das Konzept der formalen Mitgliedschaft, welche häufig mit der Pflicht auf Beitragszahlung und dem Druck etwas für die Partei tun zu müssen in Verbindung gebracht wird. Um deswegen nicht an Attraktivität zu verlieren, geben sich viele Parteien umweltoffen und gestalten ihre Grenzen durchlässig (Schaller 1994: 40). Die bürgerlichen und rechten Parteien unterscheiden sich in dieser Hinsicht oft stark von den linken und grünen Parteien.

„Doch was ist nun ein Mitglied?“, fragt Gruner (1977: 216). „Sind Charakter der Parteimitgliedschaft durch statutarisch festgelegte Ein- und Austrittsbedingungen und Pflichten und Rechte eindeutig umschrieben? Rechtlich ja, faktisch nein“, meint er und fügt an, dass nur die Führung einer genauen Mitgliederkartei⁵ und die regelmässige Erhebung von festen Mitgliederbeiträgen eine Mitgliedschaft im direkten Sinne des Wortes darstellen. Nach Schaller (1994: 41) sind Mitglieder „Personen, welche eine formelle Beitrittserklärung unterschrieben haben“. Doch da wie oben erwähnt gerade nicht alle Parteien die formale Mitgliedschaft kennen und sich mit einem nicht genau festlegbaren Konzept von Anhängerschaft begnügen, hilft uns diese klare Definition für Aussagen über die Mitgliederzahl nur in beschränktem Masse.

Die Parteien unterscheiden sich zusätzlich in ihrer Art Mitglieder zu rekrutieren (vgl. Gruner 1977; Schaller 1994; Geser 1994). Bei der *exklusiven* Rekrutierung bemüht sich die Partei um eine straffe, homogene und stark formalisierte Mitgliedschaft mit hoher Mobilisierungsrate, in welcher sich die in ihrer Position kohärenten Mitglieder für klar definierte Ziele aktiv einsetzen. Diese weitreichenden Rechte und Pflichten führen zu scharfer Grenzziehung gegenüber Aussenstehenden (Geser 1994: 137) und zu einem entsprechend kleinen Mitgliederkreis. Betreibt die Partei eine *inklusive* Rekrutierung, strebt sie nach möglichst vielen, unterschiedlichen und in ihren Positionen heterogenen Personen, welche der Partei in erster Linie am Wahltag ein Maximum an Wählerstimmen beschere sollen (siehe Kap. 4).

⁵ Parteien handhaben ihre Mitgliederlisten höchst unterschiedlich: Während bei den einen Parteien Nichtzahlung des Mitgliederbeitrags eine konsequente Verbannung zur Folge hat, findet man in Mitgliederlisten anderer Parteien „Karteileichen“, welche erst im Todesfall ausscheiden. Durch diese inkonsequente Handhabung wird oft der Anschein eines hohen Mitgliederbestandes erweckt (Schaller 1994: 49).

Schaller (1994: 41) und Geser (1994: 138) sind sich indes einig, dass diese Rekrutierungsart nebst hohem Anteil an öffentlichen Behördenämtern und erhöhtem Einfluss auf die öffentliche politische Meinungsbildung auch ein ernstzunehmendes Problem mit sich bringt: Die kaum kohärenten Positionen innerhalb der Partei können nur schwerlich Basis für eine erfolgreiche Mobilisierung sein, was dazu führt, dass sich kein stabiler Kreis von Personen herausbildet, welche bereit sind für die Partei Leistungen zu erbringen.

Geser (1994: 139ff.) formuliert sieben von der Rekrutierungsart unabhängige Einflussfaktoren, welche den Formalisierungsgrad der Parteistruktur determinieren. Dazu gehören nebst Parteizugehörigkeit, finanziellen Beitragspflichten und innerparteilicher Konkurrenz auch Konfession, Gründungsepoche, Gemeindegrösse und die regionale politische Struktur.

Gerade dieser Formalisierungsgrad der Mitgliedschaft in den verschiedenen Lokalparteien ist der erste zentrale Fokus unserer empirischen Untersuchung. Es interessiert uns zu erfahren, wie hoch der Formalisierungsgrad gesamtschweizerisch aussieht und wie er sich innerhalb der Zeitspanne von 1990 bis 2002 entwickelt hat; hinzu kommt eine Differenzierung nach Parteien: Welche Parteien haben die formalisierte Mitgliedschaft abgeschafft, welche haben sie neu eingeführt?

Der Hypothesenformulierung ging ein Abwägungsprozess voraus. Auf der einen Seite tendieren die Parteien dazu immer umfangreichere Leistungen von ihren Anhängern zu verlangen (z.B. hohe Mitgliederbeiträge), auch zwischen den Wahlen ein hohes Aktivitätsniveau zu entfalten und Prozesse interner Beratung und Entscheidungsprozesse berechenbarer zu machen. Zu diesem Zweck ist die Formalisierung der Mitgliedschaft fast unerlässlich⁶, zumal die Parteien dadurch geschlossener gegen aussen auftreten können und bessere Kontroll- und Sanktionierungsmöglichkeiten gegenüber ihren Mitgliedern haben.

Geht man von der Theorie der cartel party aus, könnte man auch den gegenteiligen Trend erwarten. Eine klare Definition von Mitgliedschaft wird hinfällig, da die begriffliche Grenzziehung zwischen Mitgliedern, Sympathisanten und Wählerinnen oftmals sehr undeutlich ist (Katz/Mair 1995: 24).

⁶ Leicht anders sieht es im kleinen lokalen Rahmen aus, wo oft enge informelle Beziehungsnetze die Funktion der formalisierten Mitgliedschaft zu übernehmen vermögen (vgl. Geser 1994: 139).

Diese Annahme geht einher mit dem Individualisierungsprozess der Gesellschaft. Die Anhängerschaft lässt sich nur ungern formal verpflichten, um keine individuellen Freiheiten aufgeben zu müssen. Die Parteien kommen diesem wachsenden Bedürfnis nach, indem sie die Bindung mit ihrer Basis lockern, was sich in einem loseren Mitgliederbegriff niederschlägt. Die Angst Mitglieder zu verlieren oder gar potenzielle Neumitglieder abzuschrecken wiegt für die Lokalpartei schwerer, als die zuvor genannten Bedürfnisse nach Leistungen seitens der Parteimitglieder. Schliesslich folgen die meisten Parteien dem Trend zu professionellen Wählerparteien, welche die Stimme ihres Anhängers seiner Unterschrift auf einer Beitrittserklärung klar vorziehen.

In unserer Analyse erwarten wir einen prozentualen Rückgang der formalisierten Mitgliedschaft in den Lokalparteien und formulieren daher unsere erste Hypothese wie folgt:

H1: *„Das Prinzip der formalen Mitgliedschaft kommt bei den Schweizer Lokalparteien im Jahr 2002 weniger zur Anwendung als 1990.“*

Zur Überprüfung von H1 analysieren wir die Resultate der Frage nach der formalen Mitgliedschaft aus dem Fragebogen beider Jahre (siehe Kap. 2). Wir stützen uns dabei auf die grossen Datensätze, da die Paneldaten für die drei kleinen Parteien zu kleine Fallzahlen liefern und somit zu wenig aussagekräftig sind.⁷ Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Formalisierung gesamtschweizerisch über alle Lokalparteien hinweg:

Tabelle 1: „Kennt ihre Partei eine formale Mitgliedschaft?“⁸

	1990	%	Valid %	2002	%	Valid %
<i>Ja</i>	1611	61.1	62.7	1632	63.3	64.1
<i>Nein</i>	958	36.3	37.3	914	35.4	35.9
<i>Missing</i>	69	2.6	-	34	1.3	-
<i>Total</i>	2638	100	100	2580	100	100

⁷ Wertet man die Paneldaten nach Parteien differenziert aus, so sind die Resultate mit jenen aus den grossen Datensätzen annähernd identisch.

⁸ Die Originalfrage die den Parteipräsidenten im Fragebogen gestellt wurde lautet: „Kennt ihre Ortspartei eine eindeutige Unterscheidung zwischen formeller Mitgliedschaft und blosser Anhängerschaft?“

Auffallend ist in erster Linie die Tatsache, dass nicht einmal zwei Drittel aller Lokalparteien das Prinzip der formalen Mitgliedschaft kennen. Im Hinblick auf die Beurteilung von H1 wird klar, dass der Formalisierungsgrad nicht wie angenommen zurückgeht, sondern in etwa gleich bleibt. Es ist sogar ein ganz leichter Anstieg zu vermerken. In diesem Sinne müssen wir H1 verwerfen.

Noch interessanter wird es, wenn man die Entwicklung der einzelnen Parteien betrachtet. Wie in Tabelle 2 ersichtlich, finden sich zwischen den einzelnen Parteien erhebliche Unterschiede:

Tabelle 2: Formale Mitgliedschaft aufgeschlüsselt nach Parteien

Partei	1990	2002	Differenz in %
	Valid % der JA-Antworten (n)	Valid % der JA-Antworten (n)	
FDP	59.2 (649)	59.3 (569)	+0.1
CVP	43.9 (576)	44.9 (469)	+1.0
SVP	75.8 (288)	70.2 (418)	-5.6
SP	84.0 (569)	86.7 (529)	+2.7
EVP	85.5 (78)	93.8 (82)	+8.3
LPS	41.4 (53)	43.1 (58)	+1.7
Grüne	68.1 (50)	71.8 (79)	+3.7

Entsprechend den Resultaten in Tabelle 1 zeigt sich auch bei den einzelnen Parteien kein Rückwärtstrend in der Formalisierung. Einzig die SVP, die sich gerne als typische Volkspartei bezeichnet, hält dem allgemeinen Trend entgegen. Es ist aber wichtig festzuhalten, dass sie dies auf einem relativ hohen Niveau tut: Im Unterschied zu den traditionsreichen bürgerlichen Parteien (FDP, CVP und LPS), welche in ihrer Gründungsphase oft nur informelle Sammelbewegungen waren, bemühte sich die SVP schon früh um eine formalisierte Mitgliedschaft und befindet sich damit in der Gesellschaft anderer spät entstandener nationaler und linker Parteien (Geser 1994: 141,143). Dadurch erklärt sich das Phänomen, dass programmatisch derart verschiedene Parteien wie die SVP, die EVP und die SP sich in dieser Statistik nahe stehen.

Den tiefsten Wert hält erwartungsgemäss die CVP, welche dank ihrer Nähe zum Katholizismus seit jeher vergleichsweise stärkere gemeinschaftsbildende Kräfte als der Protestantismus entfalten konnte und dadurch als informelle Gruppierung auch ohne verbindliche Kriterien der Mitgliedschaft überleben konnte (ebda: 142).

Zusammen mit der FDP ist die CVP anders als die SVP bemüht darum ihren Formalisierungsgrad auf dem Niveau von 1990 zu halten.

Den unangefochten höchsten Wert der Bundesratsparteien verzeichnet die SP, welche sich seit ihrer Entstehung stets als organisatorisch straff geführte Mitgliederpartei verstand. Zudem spielt auch die Höhe des Mitgliederbeitrags eine gewichtige Rolle: Je höher der verlangte Betrag festgesetzt ist, desto eher ist es im Interesse der Partei die Mitgliedschaft zu formalisieren. So erstaunt es kaum, dass die SP als Partei, welche vergleichsweise sehr hohe Beiträge verlangt (vgl. Schaller 1994: 241) einen konstant hohen Formalisierungswert von annähernd 90 Prozent erreicht (vgl. Geser 1994: 146).

Zusammenfassend gilt es zu sagen, dass die formalisierte Mitgliedschaft weder 1990 noch 2002 flächendeckend zur Anwendung kommt und dass keineswegs alle Parteien das Selbe unter einem Mitglied verstehen.

Gruner (1977: 308) ist davon überzeugt, dass die Organisationsform einer Partei zeitbedingten Ansprüchen genügen muss. In den Statutenreformen der traditionellen Parteien in den 1970er Jahren, welche in erster Linie den konsequenten Übergang zum Mitgliederprinzip zum Ziel hatten, sieht er das Bedürfnis der Parteien nach Stärkung ihrer organisatorischen Homogenität. Die wenig gewichtige Funktion der Parteien im 19. Jahrhundert erlaubte deren oft milizartigen Aufbau und schwachen Organisationsgrad. Als sie aber vor allem bei der Durchführung von Wahlen unentbehrlich wurden, war aber die oben erwähnte Restrukturierung fast zwingend. Die bürgerlichen Regierungsparteien folgten dem Vorbild der Sozialdemokratie und trieben die Statutenreform voran, getrieben von der Motivation, dass sich ihre Mitglieder stärker mit der Parteiorganisation identifizieren würden (ebda: 309).

Doch rückblickend wird klar, dass das Ziel der umfassenden Formalisierung der Mitgliedschaft bei keiner Partei erreicht wurde. Manche Parteien verloren sich in Doppelspurigkeiten ihrer Basis, indem sie aktionsunwillige Personen als Sympathisanten in den politischen Prozess einzubinden versuchten. Diese Aufspaltung der Basis widerspricht dem reinen Mitgliederprinzip klar.

4. Mitgliederzahlen in den Schweizer Lokalparteien

Wollen die Parteien überhaupt viele Mitglieder? Kommt das zukünftige Parteienmodell ohne Mitglieder aus? Um diese Fragen zu beantworten, ist es vorerst wichtig zu sehen welche Vor- und Nachteile Mitglieder ihren Parteien bringen.

Wiesendahl (1980: 196ff.) unterscheidet drei verschiedene paradigmatische Parteifunktionen. Aus integrationsparadigmatischer und transmissionsparadigmatischer Perspektive fällt den Mitgliedern eine wichtige Rolle zu. Die Parteien fungieren als Vermittler und Interessenvertreter zwischen Staat und dem Volk, respektive ihrer Mitgliedschaft. Betrachtet man hingegen die konkurrenzparadigmatische Perspektive, entfällt diese wichtige Stellung der Mitglieder, weil die Wähler in den Mittelpunkt rücken. Die primäre Funktion der Parteien ist Stimmenwerbung und Interessenmakelung. Je nach dem von welchem Paradigma man ausgeht, ergeben sich für die Parteien Vor- oder Nachteile einer grossen Mitgliederbasis.

Nach Ladner (2001: 84) bringen Mitglieder Vorteile für Parteien, weil eine grosse Mitgliederzahl der Partei als Legitimation ihrer Existenz dient. Zudem sind Mitglieder loyale und treue Wähler, leisten für die Partei Freiwilligenarbeit und bilden ein wichtiges Rekrutierungsfeld für politische Ämter. Ausserdem bilden obligatorische und freiwillige Mitgliederbeiträge die wichtigsten Einnahmequellen für die Lokalparteien (Schaller 1994: 236).

Aus konkurrenzparadigmatischer Perspektive können Mitglieder zum Störfaktor werden. Eine effiziente Stimmenmaximierung der Parteien erfordert, dass sie sich als Plattform gesellschaftlicher Interessen anbieten (Wiesendahl 1980: 205). Pointierte und gruppenspezifische Forderungen von Mitgliedern verunmöglichen eine solch offene und undefinierte Haltung der Parteien und engen deren Handlungsspielraum ein. Nach Katz (1990: 152 ff.) müssen Parteien für die Betreuung und Befriedigung der persönlichen und politischen Forderungen ihrer Mitglieder beachtliche Energien und Ressourcen aufwenden.

Wie schon im dritten Kapitel über die formale Mitgliedschaft ersichtlich wurde, ist es äusserst schwierig zuverlässige Zahlen über Mitglieder der Parteien zu erhalten. Wer für die einen Parteien als Sympathisant gilt, wird bei anderen Parteien grosszügig in die Mitgliederkategorie gezählt. Nebst dieser ungleichen Genauigkeit in der

Mitgliederdefinition, ist anzunehmen, dass die Parteiverantwortlichen tendenziell höhere Angaben über ihren Mitgliederbestand machen.

Im Folgenden haben wir die Zahlen aus dem Paneldatensatz berücksichtigt, welche zu der Frage nach der Anzahl Mitglieder angegeben wurden. Bei der Beantwortung dieser Frage sind die Parteipräsidenten jedoch nicht immer konsequent vorgegangen. Daher ist es möglich, dass die Partei zwar keine formale Mitgliedschaft kennt, der Parteipräsident trotzdem eine Angabe zu den Mitgliederzahlen gemacht hat.

Tabelle 3 zeigt einen Mitgliederrückgang über alle sieben Parteien von 22 Prozent im Zeitraum zwischen 1990 und 2002. Wiesen die Lokalparteien 1990 noch eine durchschnittliche Parteigrösse von über 100 Mitgliedern aus, schrumpfte die Grösse innerhalb von zwölf Jahren bei den gleichen Parteien auf durchschnittlich 80 Mitglieder pro Lokalpartei.

Tabelle 3: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder in den 7 untersuchten Parteien

	1990	2002	Differenz
	Ø Mitgliederzahl (n)	Ø Mitgliederzahl (n)	in %
<i>Alle 7 Parteien</i>	103.3 (775)	80.4 (697)	-22.2

Die Parteien konnten in den Jahrzehnten vor 1990 von einem Zuwachs der Frauen profitieren und so zu einem grossen Teil die Abgänge der Männer kompensieren (Ladner 2001: 97). Im Jahre 2002 scheint sich dieser Trend eingestellt zu haben: Vergleicht man die beiden absoluten Mitgliederbestände dieser 7 Parteien nur für die Frauen, ergibt sich eine tiefere durchschnittliche Abnahme von 11 Prozent.

Diese beiden Tendenzen bestätigen zwar die allgemeine Auffassung, ein Blick in die einzelnen Parteien ist jedoch unumgänglich und wird in Tabelle 4 veranschaulicht.

Tabelle 4: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder aufgeschlüsselt nach Parteien

	1990	2002	Differenz
	Ø Mitgliederzahl (n)	Ø Mitgliederzahl (n)	in %
<i>FDP</i>	133.2 (194)	106.5 (172)	-20.0
<i>CVP</i>	176.9 (132)	114.8 (117)	-35.1
<i>SVP</i>	106.3 (119)	94.2 (101)	-11.3
<i>SP</i>	55.3 (264)	46.8 (250)	-15.4
<i>EVP</i>	29.2 (37)	29.7 (36)	+1.7
<i>LPS</i>	170.9 (11)	146.7 (10)	-14.2
<i>Grüne</i>	37.1 (18)	51.6 (11)	+39.1

Auffallend ist, dass die Entwicklung der Mitgliederzahlen bei den einzelnen Parteien keineswegs gleich verlaufen ist. Weist die CVP mit einem Rückgang von über einem Drittel ihrer Mitglieder den markantesten Einbruch aus, konnten die Grünen im gleichen Zeitraum Mitglieder hinzugewinnen. Bei den Frauen zeigt sich für diese beiden Parteien eine analoge Entwicklung. Gesamthaft gesehen, verloren die drei bürgerlichen Bundesratsparteien allesamt weibliche Mitglieder, während die drei kleinen Parteien und die SP in den letzten zwölf Jahren Frauen hinzugewinnen konnten.

Das ausserordentliche Ergebnis der Grünen kann nebst erfolgreicher Mitgliederwerbung auch anderswo gesucht werden. Durch deren kleinere Fallzahl (zwischen 11 und 18 ausgewertete Parteien) führen Ausreisser eher zu einer Verzerrung. In diesem Zeitraum aufgelöste Lokalsektionen fallen aus dem Paneldatensatz. Ihre Mitglieder schliessen sich dann zum Teil schon bestehenden Sektionen an. Dieser unechte Zuwachs kann jedoch bei allen Parteien vorkommen, bei kleinen Parteien mit kleinerer Fallzahl fällt er stärker ins Gewicht.

Eine differenziertere Betrachtung der Verläufe der Mitgliederzahlen in den Parteien führt zu unserer zweiten Hypothese:

H2: *„Die kleinen Parteien (LPS, Grüne, EVP) sind vom Mitgliederrückgang weniger stark betroffen, als die vier Bundesratsparteien (FDP, CVP, SP, SVP).*

Die grossen Regierungsparteien haben zum primären Ziel ein möglichst grosses Stück des Wählerkuchens für sich zu gewinnen, weil die Legitimierung für die Regierungsteilnahme auf nationaler Ebene einen hohen Stimmenanteil erfordert. So gerät die CVP gemäss ihrer kontinuierlich sinkenden Wählerstimmen seit den Parlamentswahlen im Herbst 1991 (Linder 1999: 99) zunehmend unter Druck. Die SVP erhebt seit geraumer Zeit den Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz. Man kann den Regierungsparteien eine konkurrenzparadigmatische Vorgehensweise zuschreiben.

Dieser Stimmenmaximierungsprozess rückt bei kleinen Parteien in den Hintergrund. Im Parteienwettbewerb stossen kleine Parteien von ihren Kapazitäten her schnell an Grenzen. Wir würden ihnen deshalb eine transmissionsparadigmatische

Parteifunktion zuschreiben. Sie vertreten in erster Linie die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Um ihre Stellung im Parteiensystem halten zu können profilieren sie sich mit anderen Methoden. Das Instrument der Volksinitiative dient vor allem den kleinen Parteien als Profilierungsfeld (Linder 1999: 83). Dieses Instrument erfolgreich zu nutzen erfordert eine aktive Anhängerschaft, die Freiwilligenarbeit in Form von Unterschriften sammeln oder Flugblätter verteilen zu leisten bereit ist. Ein stabiler und kohärenter Mitgliederkreis bildet die Basis für eine erfolgreiche Mobilisierung. Infolgedessen kommt dem einzelnen Mitglied in einer kleinen Partei eine wichtigere Rolle zu als bei grossen Parteien. Kleine Parteien entwickeln ein stärkeres In-Group-Gefühl und von diesem Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitgliedern profitieren sie. Durch die marginalisierte Stellung im Parteiensystem fühlen sich die Mitglieder emotional stärker mit ihrer Partei verbunden.

Zudem gehen wir davon aus, dass kleine Parteien weniger von Negativschlagzeilen betroffen sind, weil sie durch ihre Absenz in der Regierung weniger exponiert sind und nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Ihr Image bleibt eher unbeschadet (Tab. 5).

Tabelle 5: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder aufgeschlüsselt nach grossen und kleinen Parteien

	1990	2002	Differenz
	Ø Mitgliederzahl (n)	Ø Mitgliederzahl (n)	in %
<i>Grosse Parteien (FDP, CVP, SVP, SP)</i>	107.8 (709)	82.7 (640)	-23.3
<i>Kleine Parteien (EVP, LPS, Grüne)</i>	55.0 (66)	54.4 (57)	-1.1

Tatsächlich ist ein deutlicher Unterschied im Verlauf der Mitgliederzahlen zwischen grossen und kleinen Parteien auszumachen. Die kleinen Parteien konnten im Gegensatz zu den grossen Parteien ihren Mitgliederbestand in etwa halten (EVP) oder sogar ausbauen (Grüne). Die LPS fällt in dieser Dreiergruppe mit einem starken Mitgliederrückgang aus dem Rahmen. Zudem verfälscht das extreme Ergebnis der Grünen das Gesamtergebnis entscheidend. Wir können H2 für die gesamte Schweiz vorläufig nicht bestätigen. Dies schliesst nicht aus, dass sich kleine Parteien in urbanen Gebieten, wie zum Beispiel in Bern, durchaus besser halten können als grosse Parteien.

Unsere dritte Hypothese gründet auf dem im zweiten Kapitel erläuterten Unterschied in der Rekrutierung (inklusive vs. exklusive). Die Mitgliederbasis der bürgerlichen Parteien wird inklusiv rekrutiert. Im Allgemeinen kennen sie das Prinzip der Mitgliedschaft weniger. Folglich besitzen sie eine heterogene und schwach eingebundene Mitgliedschaft. Wir basieren unsere Hypothese auf der Annahme, dass eine schwache Bindung, wie sie die bürgerlichen Parteien aufweisen, den Ausstieg aus der Partei erleichtert.

H3: „Die bürgerlichen und rechten Parteien (Bundesratsparteien, LPS, EVP) sind stärker vom Mitgliederrückgang betroffen, als die linken Parteien (SP, Grüne).“

In Tabelle 6 haben wir die Mitgliederverläufe gemäss unserer Hypothese 3 in diese zwei Kategorien aufgeteilt.

Tabelle 6: Durchschnittliche Anzahl Mitglieder aufgeschlüsselt nach bürgerlichen und linken Parteien

	1990	2002	Differenz
	Ø Mitgliederzahl (n)	Ø Mitgliederzahl (n)	in %
<i>Bürgerliche und rechte Parteien (FDP, CVP, SVP, EVP, LPS)</i>	131.5 (493)	100.5 (436)	-23.6
<i>Linke Parteien (SP, Grüne)</i>	54.2 (282)	47.0 (261)	-13.3

Die beiden mitte-bürgerlichen Parteien CVP und FDP sind stärker vom Mitgliederrückgang betroffen als die SP. Die SVP konnte sich insgesamt besser halten als die anderen Bundesratsparteien und macht mit fleissiger Sektionsgründungsarbeit, vor allem in der Westschweiz, den dort ansässigen liberalen und rechten Parteien die Mitglieder streitig. Die Sektionsgründungen der letzten zwölf Jahre sind im Paneldatensatz jedoch nicht enthalten.

Um ein zusammenfassendes Fazit zu erhalten betrachten wir Tabelle 2 (S. 10). Kombiniert man das Mitgliederprinzip mit dem Mitgliederverlauf, wird folgendes ersichtlich: Je stärker das Mitgliederprinzip in den Parteien verbreitet ist, desto geringer ist deren Mitgliederrückgang. Die drei Parteien, welche einen Formalisierungsgrad von weniger als 60 Prozent aufweisen (FDP, CVP, LPS)

verzeichnen den höchsten Mitgliederschwund. Parteien mit einem Formalisierungsgrad von über 70 Prozent hingegen konnten sich entweder halten (EVP), ihren Mitgliederbestand ausbauen (Grüne) oder mussten Rückgänge zwischen 11 und 15 Prozent (SVP und SP) ihrer Mitglieder hinnehmen.

Klar ist, dass es für alle Parteien sehr schwer ist und auch in naher Zukunft sein wird, sich dem gesellschaftlichen Individualisierungsprozess entgegenzustellen. Obwohl es einzelne Unterschiede zwischen den Parteien gibt, werden alle Parteien Mitgliederrückgänge in Kauf nehmen müssen. Neue Finanzierungsformen und Funktionen der Parteien im politischen System müssen offen und vorbehaltlos diskutiert werden.

5. Fazit

Betrachten wir die Resultate unserer Untersuchung, so stellen wir fest, dass wir im Bezug auf unsere leitende Fragestellung interessante Antwortansätze erhalten haben: Haben sich die Parteien in den letzten Jahren tatsächlich stärker in Richtung professionelle Wählerorganisationen entwickelt? Um diese Forschungsfrage zu beantworten, haben wir für die Schweizer Lokalparteien die Entwicklung der formalisierten Mitgliedschaft, sowie die Veränderung der Mitgliederzahlen analysiert. Die Einschränkung auf diese zwei Erklärungsfaktoren schien uns sinnvoll. Aufgrund dieser Fokussierung haben wir Variablen wie Professionalisierungsgrad, finanzielle Ressourcen oder ideologische Orientierung ausser Betracht gelassen.

Wir haben gesehen, dass der Formalisierungsgrad der Parteien entgegen unseren Erwartungen auf einem ziemlich niedrigen Niveau stabil geblieben ist. Die flächendeckende Formalisierung der Mitgliedschaft, wie sie Gruner (1977) den Parteien nahegelegt hat, ist nicht eingetreten. Von den Bundesratsparteien steht die SP mit ihrem hohen Wert nach wie vor alleine an der Spitze, während sich die SVP gar ein wenig von der Formalisierung wegbewegt.

Schaut man auf die Verläufe der Mitgliederzahlen in den Lokalparteien, so ist allgemein ein klar abnehmender Trend sichtbar. Die Aufschlüsselung der Zahlen nach den einzelnen Parteien hat uns folgendes Bild gezeichnet: Der Mitgliederschwund ist nicht in allen Parteien gleich verlaufen. Je höher der Formalisierungsgrad einer Partei, desto weniger stark waren die Parteien vom Mitgliederrückgang betroffen.

Diese Resultate gilt es mit wenigen Vorbehalten zu betrachten. Im Laufe unserer Arbeit sind Probleme aufgetaucht, die Fragen aufgeworfen haben. Abschliessend wollen wir kurz darauf eingehen.

Die Frage nach der Repräsentativität der ausgewerteten Daten muss unserer Meinung nach ernst genommen werden. Die Rücklaufquote von rund 50 Prozent scheint zwar auf den ersten Blick hoch; die Paneldaten umfassen jedoch nur knapp 20 Prozent der Grundgesamtheit. Der Paneldatensatz erfasst zudem keine Sektionsgründungen und –auflösungen, welche jedoch gerade für die Analyse der Mitgliederzahlen von Bedeutung wären. Es besteht die Gefahr von Verzerrungen:

Von einer Sektionsauflösung betroffene Mitglieder können z.B. in noch bestehende, im Panel enthaltene Sektionen wechseln, was dann einen „verfälschten“ Mitgliederzustrom verursacht.

Es bestehen generell Schwierigkeiten die vorhandenen Zahlen zu analysieren und zu interpretieren. So geben die jeweiligen Parteipräsidenten wohl tendenziell mehr Mitglieder an, als dies dem tatsächlichen Bestand entspricht. Dieser Effekt sozialer Wünschbarkeit wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass wahrscheinlich nicht immer die selben Präsidenten in beiden Jahren den Fragebogen ausgefüllt haben. Dies erklärt auch oft vorkommende uneinheitliche Antworten. Als Beispiel dafür steht die Tatsache, dass bei den Grünen im Jahr 2002 nur elf Parteienangaben Mitglieder zu haben, während es im Jahr 1990 noch deren 18 taten.

Nichtsdestotrotz schliessen wir aus unseren Resultaten, dass sich die Parteien in der Tat langsam von ihrer Basis lösen und in Richtung professionelle Wählerorganisationen entwickeln. Dies geschieht im Sinne Panebiancos (1988), der das Konzept der professional electoral party vertritt. Ob der festgestellte Trend in diese Richtung jedoch anhält, bleibt abzuwarten, zumal Panebianco selbst in dieser Entwicklung ein zeitlich limitiertes Phänomen sieht.

6. Literaturverzeichnis

- Duverger, Maurice (1959). *Die politischen Parteien*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Epstein, Leon D. (1967). *Political Parties in Western Democracies*. New York: Praeger.
- Gruner, Erich (1977). *Die Parteien in der Schweiz*, 2. Auflage. Bern: Francke.
- Geser Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller und Thanh-Huyen Ballmer-Cao (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.
- Geser, Hans (1994). Die Organisationsstruktur der Ortsparteien, in: Geser, Hans et al. (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo, S. 137-188.
- Katz, Richard S. (1990). Party as linkage: A vestigial function, in: *European Journal of Political Research*, 18, pp. 143-161.
- Katz, Richard S. und Peter Mair (1995). Changing Models of Party Organizations and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party, in : *Party Politics*, 1:1, pp. 5-28.
- Kirchheimer, Otto (1965). Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle (2001). *Die Schweizer Parteien im Wandel*. Zürich: Seismo.
- Linder, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen Prozesse Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Neumann, Sigmund (Hrsg.) (1956). *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics*. Chicago: University Press.
- Panebianco, Angelo (1988). *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schaller, Roland (1994). Anhängerschaft, Mitglieder und Aktive – Zur Grösse der Parteien, in: Geser, Hans et al. (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo, S. 39-60.
- Wiesendahl, Elmar (1980). *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*. Opladen: Leske und Budrich.

Zeitungsartikel

Geser, Hans (2003). *Mangel an Nachwuchs bei den Parteien*. In: Neue Zürcher Zeitung Nr. 62, 15. März 2003, S.43.

Sahli, Michael (2003). *Parteien verlieren Einfluss*. In: Der Bund Nr. 135, 13. Juni 2003, S. 8.

Utz, Bruno (2003). *Parteien werden immer dünner*. In: Langenthaler Tagblatt 25. März 2003.

Widmer, Joël (2003). *Den Regierungsparteien im Kanton Bern laufen die Mitglieder davon*. In : Berner Zeitung Nr. 2, 4. Januar 2003, S. 28.

Auskunftsstellen

Hermann Weyeneth, Präsident der SVP des Kantons Bern und Nationalrat,
Quellenweg 20, 3303 Jegenstorf

Irène Marti Anliker, Präsidentin der SP des Kantons Bern,
Olivenweg 48, 3018 Bern

7. Abkürzungsverzeichnis

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
EVP	Evangelische Volkspartei
FDP	Freisinnig-demokratische Partei
GB	Grünes Bündnis
GFL	Grüne Freie Liste
GPS	Grüne Partei Schweiz
LPS	Liberale Partei der Schweiz
SP(S)	Sozialdemokratische Partei (der Schweiz)
SVP	Schweizerische Volkspartei